



Palästinensische Gemeinde in Österreich PGÖ

Pressereferat

Kegelgasse 25

A-1030 Wien

presse@palaestinensische-gemeinde.at

Presseaussendung der Palästinensischen Gemeinde in Österreich

Die Palästinensische Gemeinde in Österreich verurteilt den hinterhältigen und feigen Angriff auf den palästinensischen Aktivist Atef Khalaf, der sich heute ereignet hat, auf das Schärfste.

Der 69-jährige Aktivist wurde gegen 11:30 Uhr während seines Aufenthalts in einem Solidaritätscamp im Wiener Votivpark für den von Israel inhaftierten Kinderarzt Hosam Abu Safeyeh brutal angegriffen. Laut Zeugenaussagen wurde das Opfer zunächst von drei mutmaßlich proisraelischen Sympathisanten beschimpft und bedroht, bevor diese es körperlich attackierten. Zeugen berichteten zudem, dass die Täter unmittelbar vor dem Angriff lautstark antipalästinensische und proisraelische Parolen skandierten. Einer der Angreifer hat das Opfer anschließend mit einem Holzstock mehrfach gegen den Kopf geschlagen. Danach flüchteten die Täter.

Herbeieilende Passanten verständigten die Polizei und alarmierten den Rettungsdienst. Das Opfer verlor zeitweise das Bewusstsein und wurde mit Kopfverletzungen, Blutungen sowie einer Gehirnerschütterung ins Spital gebracht. Diese schwere Gewalttat markiert einen neuen Höhepunkt politisch motivierter Gewalt gegen Palästinenserinnen und Palästinenser in Österreich.

Die Palästinensische Gemeinde in Österreich fordert die Strafverfolgungsbehörden auf, diese feige und kriminelle Tat rasch und konsequent aufzuklären, die Täter schnellstmöglich ausfindig zu machen und sie zur Verantwortung zu ziehen.

Das Recht auf Meinungsfreiheit und auf friedliche Versammlung ist ein hohes Gut und eine bedeutende Errungenschaft der österreichischen Demokratie. Es ist ein schützenswertes Grundrecht. Wir fordern die Sicherheitsbehörden daher auf, dieses

Recht uneingeschränkt Rechnung zu tragen und die Sicherheit friedlicher Demonstrantinnen und Demonstranten zu gewährleisten.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass solche Angriffe aus unserer Sicht durch eine gegen Palästinenserinnen und Palästinenser gerichtete politische Rhetorik sowie durch eine zunehmend antipalästinensische Stimmung in Österreich motiviert werden. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, antipalästinensischen Tendenzen in Politik und öffentlichem Diskurs entschieden entgegenzutreten und die aus unserer Sicht ungerechtfertigte Verfolgung palästinensischer Aktivistinnen und Aktivisten einzustellen.

Wien, 4. August 2026